

**Das Volkblatt**  
erschint jeden Freitag  
nachmittags. Der monatliche  
Bezugspreis  
beträgt 70 Pf. frei im Haus.  
70 Pf. ohne portofreie  
Kb. 2,10 ohne Postgebühren.

**„Die Neue Welt“**  
(wöchentlich erscheinende  
Illustrations-Beilage)  
kocht monatlich 10 Pf.

**Schriftleitung:**  
Weg 49/44, Fernsprecher 388  
Apostelstraße, merzlage 50  
bis 54, 4. Etage.

# Volkblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

**Angewandte**  
beträgt für die 60 mm breite  
Illustrations-Beilage monatlich  
80 Pf., in monatlicher  
Kb. 2,10 ohne Postgebühren  
Kb. 2,10 ohne Postgebühren

**Angewandte**  
für die 60 mm breite  
Illustrations-Beilage monatlich  
80 Pf., in monatlicher  
Kb. 2,10 ohne Postgebühren  
Kb. 2,10 ohne Postgebühren

**Angewandte**  
für die 60 mm breite  
Illustrations-Beilage monatlich  
80 Pf., in monatlicher  
Kb. 2,10 ohne Postgebühren  
Kb. 2,10 ohne Postgebühren

## Deutscher Heeresbericht.

**Größtes Hauptquartier, 14. Dezember 1915. (W. T. A.)**  
Beständig und kräftiger Kriegsschauplatz.  
Keine wesentlichen Ereignisse.

**Sollau-Kriegsschauplatz.**  
Südwestlich und südlich von Plezise haben die österreichisch-ungarischen Truppen den Weichen gebrochen. Dort und in den östmontanischen Bergen wurden etwa 2500 Gefangene eingebracht.

## Zurück nach Saloniki!

Die schwere Niederlage der Bierverbandstruppen in Mazedonien und ihr Rückzug auf griechisches Gebiet trägt fast das Merkmal einer Katastrophe des ganzen Balkanunternehmens des Bierverbandes. Auf maßgebendem Weibe befindet sich, wie der deutsche Heeresbericht von gestern mitteilt, überhaupt kein französischer oder englischer Soldat mehr, und es ist sehr wohl möglich, daß sich die geslagenen Bierverbandstruppen, die von den Bulgaren verfolgt werden, gleich bis nach Saloniki zurückziehen müssen. — Der Verlust des Serben zu Hilfe zu kommen, ist also bis jetzt überaus fraglich auszugehen, wie häufig, das kann man deutlich an dem bei neubereinigter Karte erkennen. Aufspringend fanden die Franzosen, nachdem ihre Verbände nach Koprivits (Belas) durchgebrochen und sich mit der serbischen Armee am Vojvodina zu vereinigen, vergeblich gewesen waren, zu heißen Seiten des Warbar. Der nächste Schritt ihrer Linie war Grabsko, etwa 20 Kilometer südöstlich Koprivits. Hier die serbische Grenzlinie, die von den Bulgaren mindert, fuhren sie zum Vojvodina vorzubringen, nachdem das misslungen und die Serben zur Aufgabe dieser Stellung und Rückmarsch in südwestlicher Richtung gezwungen waren. Der sie schließlich bei Sarraida, Struga und Dobra Voda über die bulgarische Grenzlinie, zogen die Franzosen ihren westlichen (linken) Flügel in den Winkel zwischen Cerna und Warbar zurück. Ostlich des Warbar ging ihre Front über Stridolac und Gradac an Warbar entlang bis nördlich Valandovo, wo die Engländer die Linie fortsetzten, dies an der bulgarischen Grenze bis zum Doiran-See. Die bulgarischen Fronten und Fronten-angriffe zwangen nun die Truppen der Westmächte, eine Stellung nach der anderen aufzugeben und sich zuletzt ganz und gar in der Richtung nach Saloniki zurückzuziehen; auch die beiden Grenzstädte Gostivari und Doiran sind jetzt in bulgarischer Hand. Man rechnet beim Bierverband und anscheinend auch in Wien bereits ernstlich mit der Möglichkeit, daß die serbischen Verbände die Verfolgung der geslagenen Bierverbandstruppen auf griechischem Gebiete fortsetzen werden. Denn nach einer Mitteilung aus französischer Quelle soll der griechische Oberst Ballis dem französischen General Sarrail namens der griechischen Regierung erklärt haben, daß wenn die bulgarische Armee bei der Verfolgung der Truppen des Bierverbandes die griechische Grenze überschreiten sollten, Griechenland seine Truppen vor den Bulgaren zurückziehen würde, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden. Falls die Franzosen in die letzte, um Saloniki

mit liegende Verteidigungsstellung gedrängt würden, müßten sich die französisch-englischen Operationen auf die Verteidigung der Stadt beschränken, deren Widerstandskraft auf der freien Verbindung mit dem Meer beruht. Auf jeden Fall aber, so berichtet eine Neutermeldebahn, seien die Westmächte fest entschlossen, Saloniki nicht zu räumen. Was die Griechen zu diesem „Entschluß“ sagen werden, darüber läßt Neuter nichts verlauten, wie denn die schon seit Wochen angekündigte „Aare Entscheidung“ Griechenlands noch immer ausbleibt; mit den über die mögliche Stellungnahme der griechischen Regierung vorliegenden Einverleibungs-Abereferenzen läßt sich nichts anfangen.

**Albanien „im Bunde“ der Mittelmächte.** Ueber Balkan wird gemeldet: Die albanischen Vorkämpfer der Weichte (Ghasan, Titana, Kocja und Kocaja) haben sich in Titana als unabhängige albanische Volksvertretung konstituiert und damit den Abfall von Cefal Pascha vollzogen. Eine Versammlung der Albanen begibt sich nach Schkria, um Albanien unter den Schutz der Zentralmächte und Bulgarien zu stellen.

**Zur Kriegslage.**  
Bern, 11. Dezember. (W. T. A.) Der Bund schreibt in Beantwortung der parlamentarischen Lage: Heute steht die Sache so, daß wir entweder den Krieg auf Grund der geschaffenen Kriegslage zu Ende oder eine neue Kriegsepoche aufsehen sehen. Mit dem Verlust ihrer strategischen Hintergründe ausgleichend, die Abwehr der Bulgaren stellen, so haben sie eine Aufgabe vor, die unlösbar ist, sofern nicht eine Erhöhung des Weidlands an Material und Menschen ihnen zu Hilfe kommt. Offenbar ist Deutschland den Verlusten die große Öffnung des Bierverbandes. Aber es wird übersehen, daß heute die deutschen Kräfteverhältnisse durch Erschöpfung des Balkans und des Orients auf neue verengt worden sind, und daß es leicht an den Zentralmächten ist, das strategische Geleg zu bittieren. Wir halten den Bierverband nicht für unglücklich, den Krieg weiterzuführen und zu vertiefen, und vielleicht, wenn nach dieser Zeit bleibt, durch eine allgemeine europäische Offensive im Osten und Westen den Bulgaren selbst auf dem Balkan in Frage zu stellen und dadurch jede Entlohnung aus der Welt zu entfernen zu lassen. Aber wir fragen uns von dem Standpunkt, des sachlich urteilenden Betrachters und den Interessenabwägen der Neutralen, ja von dem Standpunkt allgemeiner Menschlichkeit aus, ob denn eine solche Perspektive überhaupt noch die Fortführung des Krieges, die Vernichtung der Wohlfahrt Europas, lohnt.

## Deutscher Angriffskrieg in Südwestafrika?

Wien, 14. Dezember. (W. T. A.) Im Reichstag hat der Abg. Pfafler am eine kleine Anfrage gestellt, ob der Reichsanwalt bereit ist, über folgende englischer Seite verbreitete Behauptungen Auskunft zu erteilen: 1. Deutschland habe jetzt langem Vorbereitungen getroffen für einen Angriff auf Britisch-Südwestafrika; 2. der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika habe vor Beginn des Krieges mit dem Reichsamtmanntarats Paris ein Abkommen zwecks Angriffs auf Südwestafrika getroffen; 3. nach Ausbruch des Krieges in Europa habe die benachteiligte Deutsch-Südwestafrika an zwei Stellen einen Angriff auf englisch-Südwestafrika gemacht.

## Eindringen des bulgarischen Parlaments.

Sofia, 14. Dezember. (W. T. A.) Das Wlati Itra meldet: Der Ministerrat hat beschlossen, die Sobranie auf den 28. Dezember einzuberufen. Es wurde dabei festgelegt, daß Bulgariens Lage günstig ist. Der Hebelzug gegen Serbien ist glänzlich durchgeführt. Bulgarien hat sein Gebiet um 50 000 Quadratkilometer vergrößert. Seine Kräfte sind so erhalten, daß es im Verein mit seinen Verbündeten allen Ereignissen gegenüber bereit dasteht. Die Sobranie wird sich in erster Linie mit finanziellen Belangen befassen, namentlich mit einem Kriegskredit von 250 Millionen. Die Sitzung wird am 1. Januar zu Ende gehen. Die Regierung ist davon überzeugt worden, daß sie auf die Unterstützung aller Parteien außer dem Sozialdemokraten rechnen kann.

## Die polnisch-sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder.

Sofia, 13. Dezember. Die Nova Reforma meldet, haben die polnisch-sozialdemokratischen Abgeordneten grundsätzliche Beschlüsse in den Polenklub des österreichischen Reichstages eingereicht. Der Entwurf des Polenklubs, Wladislaw, übernimmt an Stelle Jaworski die Demandschaft des polnischen Obersten Nationalkomitees.

## Amerika gegen Oesterreich.

Die Fortsetzung des italienischen Kaiserreichs-Dampfers Ancona durch ein österreichisches U-Boot hat jetzt zur Lieberzeugung einer schärferen Note Americas an Oesterreich geführt. In der Note heißt es:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hält dafür, daß der Kommandant des U-Bootes die Grundzüge des Völkerrechts und der Menschlichkeit verletzte, indem er die Ancona beschloß und torpedierte, ehe die Personen an Bord in Sicherheit gebracht waren, oder ihnen genügend Zeit gegeben war, um das Schiff zu verlassen. Das Vorgehen des Kommandanten kann nur als mutwillige Tötung scharlosel Richterlicher Aufgefahrt werden, denn das Schiff leistete, als es beschossen und torpediert wurde, anscheinend keinen Widerstand und versuchte auch nicht zu entkommen, und seine andere Ursache wäre eine genügende Entschuldigung für einen solchen Angriff, selbst nicht das Befehlen der Möglichkeit einer Rettung. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt deshalb an, daß der Kommandant des U-Bootes entweder gegen seine Anweisungen handelte oder daß die österreichisch-ungarische Regierung den Kommandanten der U-Boote nicht solche Anweisungen gegeben habe, die mit dem Völkerrecht und den Grundätzen der Menschlichkeit übereinstimmen. Die Vereinigten Staaten verlangen, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Fortsetzung der Ancona als eine ungesetzliche, unehrenhafte Tötung betrachte, daß der Offizier, welcher sie beging, bestraft, und daß Schadenersatz für die getöteten und ver wundeten amerikanischen Bürger durch Zahlung einer Vermögenssumme geleistet werde. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Schwere des Falles zwischen und allen Völkern vorantreiben wird. Sie glaubt, daß deshalb, wenn sie nicht annimmt, daß die österreichisch-ungarische Regierung eine Handlung aufweist und bereit ist, die von der Welt als unehrenhaft und barbarisch beurteilt wird, allen zivilisierten Völkern schweidlich erscheint und den Tod unzulässiger amerikanischer Bürger verursacht hat.

Widerung der englischen Pressekreise. Das englische Pressebureau teilt mit, daß die Ansicht der Bundesräte im Amt aufgehoben ist. Die Verantwortung für die Verantwortlichkeit des Reichstages auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten liegt zukünftig bei den Direktoren der Zeitungen und Nachrichten-Agenturen.

## Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 13. Dezember. Serbischer Kriegsschauplatz. Die Verfolgungskämpfe in Nordost-Montenegro nehmen ihren Fortgang. — Bei Korita wurden 800 Gefangene, bei Japel neuerlich 12 serbische Weibliche eingebracht. Unsere Flieger bewarfen das Lager bei Vranac erfolgreich mit Bomben.

**Der amtliche bulgarische Bericht vom 11. Dezember** lautet u. a.: Wir lebten heute die Befolgung der englisch-französischen Truppen auf beiden Ufern des Warbar in der Richtung von Gengelsi und Doiran fort. Diejenigen Teile unserer Streitkräfte, welche auf dem rechten Warbar-Ufer verblieben, griffen die Franzosen auf der ganzen Front an und nahmen deren Stellungen bei den Dörfern Milestovo und Smolavitsa und bei der Höhe 700 südwestlich von Komanev im Sturm. Die 122 französische Division, die aus den Regimentern 45, 84, 140 und 284 zusammengesetzt ist und in diesem Abschnitt operiert, erlitt große Verluste an Verwundeten, Toten und Gefangenen. An einem einzigen Schützengraben bei Milestovo wurden 100 Leichen gefunden. Die Kavallerie, die die Flanke unserer Armee deckt, griff bei dem Dorf Negorpi ein französisches Bataillon an, das sie zerlegte, wobei sie dessen Kommandanten gefangen nahm. Uniere auf dem linken Ufer des Warbar operierenden Abteilungen waren mittels eines kräftigen Angriffs die englisch-französischen Truppen aus der von ihnen auf der Linie Balas-Bera, Cote 651, Dor Debeli, Cote 670 und Cote 610 angehaltenen Stellung, die sie besetzten. Die Engländer zogen sich nach Sidolten in der Richtung des Dorfes Karaguzlar und die Franzosen nach Sidolten in der Richtung des Dorfes Bogdanji zurück. Die englisch-französischen Stellung bei dem Dorf Furta wurde mittels eines Ballontankangriffes erobert. Die maßgebende Division, welche dem Feinde in diesem Abschnitt nachsetzte, durchdrang im Laufe der Verfolgung die Front der englisch-französischen Truppen, nahm das Dorf Bogdanji und schritt auf diese Weise die französischen Abteilungen, welche zugleich dem Kavalierdienst und dem Warbar operierten, von den Engländern ab, die sich südlich von Furta und dem Doiran-See zurückzogen. Wir machten zahlreiche Gefangene, darunter fünf Offiziere. Die genaue Zahl der Siegesdenke ist noch nicht festgelegt.



Das Wesen der Reaktionstheorie in Rußland. Petersburg, 13. Dezember. Der Reichstag berichtet: Eine Resolution des Kongresses schätzte die deutsche Lage als die schlimmste in der Geschichte der Deutschen, die Schrecken, die Juden und den Islam in Rußland zu bringen, die Befreiung der Ukraine und begründet die Einseitigkeit der Einberufung der Duma. — Das langt wohl fürs erste...

Das russische Gesundheitsministerium durchführt. Petersburger Blätter berichten von einer Gesundheitsreform im zivilischen Gesundheitsministerium, die von einem Gesundheitsminister, zwei Gesundheitsräten und einem Gesundheitsratoren vorgenommen wurde. Angeblich handelt es sich nur um geringfügige Änderungen, die Art der Gesundheitsreform läßt jedoch auf eine Ausdehnung von weit größerem Umfang schließen.

### Weitere französische Urteile.

Ein Blattteil des Pariser Temps vom 12. Dezember enthält die deutschen Friedensziele in der Rücksicht der deutschen Öffentlichkeit in Belgien und in der Einberufung Belgiens und aller Gebietsveränderungen, die für die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands notwendig sind. Diese Friedensziele sind: 1. Ein Frieden, der die belagerten Städte öffnet und die Augen öffnet würde. 2. Der durch Deutschlands Angriff entsetzte Streit verhalte keine Vergeltung. Die Verbündeten möchten einen Frieden nur nach ihrer Siege annehmen. 3. Der Friede fordert keine neue soziale eine erste mehrte die Rechte der Arbeiter, können die englische Regierung, schreibt Deroy, begründet nicht genügend, daß wie in Frankreich möglich sei, in dem absehbaren Krieg beizubehalten. Wir werden bis zum Schluß, das heißt, bis zum völligen Siege durchhalten, trotz unserer Gefährdung der Schicksale, die uns bevorstehen, können wir nicht unsere Ziele haben, das Ende zu sehen. Wir können nicht zulassen, daß man durch Vergeltung auf den Fallfall den Deutschen noch ein Jahr lang die Mittel zur Fortsetzung des Krieges läßt. Unsere englischen Freunde sollten mehr daran denken, daß in Frankreich seit achtzehn Monaten — das ist übermenschliche Leistung — ein millionen Mann an der Waffe stehen. Unsere englischen Freunde begreifen einen weiteren Fortschritt, wenn sie nicht genug mit unserem besonderen Empfinden rechnen, das so verschieden von dem ihrigen ist. Wie, bei denen das Übergeschehliche stärker einwirkt, ist als bei uns, ist es nicht, sondern ist ein Augenblick die Idee billigen, die Herzen zu verlocken, solange es eine Möglichkeit zur Hilfe gibt. Schließlich rät Deroy den englischen Freunden, die militärische Wirkung auf dem Kontinent lieber ganz dem französischen Generalstab anzuvertrauen. Selbst wohl habe keine Spezialität, im Seebereich wisse England längere und tiefer, als wir, und die englische Flotte ist höchst vorbereitet ist, unterwerfe es sich am besten dem französischen Oberbefehl.

## Die Lebensmittelversorgung

vor der Vatgeskommission des Reichstages.

(Sitzung vom 13. Dezember.)

Zunächst wurde über einige Dutzend Anträge abgestimmt. Das Resultat dieser Abstimmung werden wir zusammenfassend wiedergeben, sobald eine Zusammenstellung vorliegt. Nur so viel sei bemerkt, daß die meisten Anträge, auch die sozialdemokratischen, die Einführung von Höchstpreisen fordern. Die Diskussion wendet sich dann der Fleischversorgung zu. Die Sozialdemokraten beantragen:

- a) Einführung einer Höchstpreisleiste, die den Verbrauch gleichmäßig regelt.
- b) Einführung einer kombinierten Karte, die den Bezug von Butter, Schmalz, Margarine und Fett regelt.
- c) Für Groß- und Kleinhandel Höchstpreise für alle Fleischarten, Fleischwaren und Wurst, abgestuft nach Fleischsorten.
- d) Höchstpreise für Vieh als Stall- und Schlachtwirtschaft. Einführung eines Schlachtscheins beim Viehkauf und -verkauf.

Die Nationalliberalen fordern eine Regelung der Versorgung der Schweinemäster mit Futtermitteln, zu deren Ankauf das Reich einen Zuschuß leisten soll. Abg. Maiering (Ztr.) fordert die Einführung von Höchstpreisen im Viehhandel. Jetzt besteht die Gefahr, daß unsere Viehhändler vertrieben werden. Deshalb muß eine untere Preisgrenze festgesetzt werden, die den Viehhändlern die Möglichkeit gibt, ihren Vieh zu verkaufen. Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) erörtert die Preissteigerung auf dem Fleischmarkt, der nur entgegengetreten werden kann durch Höchstpreise für alle Arten von Vieh. Die hohen Viehpreise haben bereits zur Abschachtung von Milchvieh geführt. Letztere muß vertrieben werden. Die Einführung von Höchstpreisen ist nötig, damit der Kauf der Viehbesitzer herabgedrückt wird. Die Einführung der Schlachtscheine ist notwendig, um eine Preiskontrolle zu haben und in Verbindung damit müssen Stallpreise eingeführt werden. Die höchsten Viehpreise sind durch die unerhöht hohen Preise für Futtermittel nur noch bedingt gebildet. Der Verteilung der Futtermittel sollte man die höchsten Preise, die der Verteilung der Futtermittel, die gar nicht in der Lage sind, selbst Futtermittel anzubauen. Dadurch ist der Bestand an Milchvieh verringert worden.

Abg. Roskoff (Bund d. Landw.) beantragt, daß die Landwirte die Viehhändler werden durch das langzeitige Schwanken der Preise sehr benachteiligt. Die Abschichtung der Röhre wird durch Höchstpreise nicht verhindert, solange nicht genügend Futtermittel beschafft werden. Das Vieh aus letzterem Grunde nicht mehr gehalten werden kann, müßte es vom Staate übernommen und geschlachtet werden, wo noch Viehbetrieb möglich ist.

Abg. Reuter (Nichtgl.) bittet die Regierung, bei Festsetzung von Höchstpreisen nicht immer schwankend zu sein. Ein Regierungsbekretär hat sich für ganz unmöglich, das Viehhändler zu verbieten, wenn man den Landwirten die Futtermittel zur Verfügung stellen würde. Der Verteilung des Futtermittels ausbleibenden Fleisches wird darauf Bedacht genommen, daß dieses Fleisch von den Viehhändlern gekauft wird. Der Handel mit Viehfleisch soll künftig konzentriert werden, um den Viehhändler zu befehlen. Präsident Kautz äußert sich zu den sozialdemokratischen Anträgen. Er man rationieren kann, muß man erst den notwendigen Bedarf pro Kopf und die verfügbare Menge kennen. Diese Frage kann nur durch die Gemeindegemeinschaften gelöst werden. Die Städte haben bereits jetzt die Möglichkeit, Verteilungsfaktoren einzuführen. Schwieriger liegt es mit der Verteilung. Für Wurst und die einzelnen Fleischsorten können die Gemeinden Höchstpreise festsetzen; das Reich aber kann das nicht, dazu sind die Verhältnisse zu verschieden.

Abg. Götzein (Nichtgl.): Der Futtermittelmarkt ist nicht die einzige Ursache des Mangels an Vieh. Höchstpreise für Viehfleisch hält der Reiner bei der Verteilung der Futtermittel unerschwinglich. In allen Kreisen des Volkes wird zu viel Fleisch gegessen, das hängt damit zusammen, daß viele Arbeiter heute sehr hohe Löhne beziehen. Mit einer Fleischkarte ist nicht zu erreichen. Die Wirkung wäre, daß mit diesen Löhnen ein Handel getrieben werden könnte. Die heutige Verteilung der Preise für Schweinefleisch ist völlig unbillig. Bei der Verteilung der Futtermittel haben die Großgrundbesitzer einen völlig unbedingten Vortzug

Abg. Gieseler (Ztr.): Die schlechten Löhne empfinden einzelliche Mangel. Den Kreisen bis zu einem Einkommen von 2000 M. muß ein entsprechendes Quantum Fleisch zur Verfügung gestellt werden. Der Hinweis auf die hohen Löhne der Arbeiter ist verfehlt, die Mehrzahl der Arbeiter sind Arbeiter in der erblichem Geschäft. Der Handel ist offenbar der Reiner bei. In den Kriegsjahren besonders hohe Gewinne zu nehmen. Die Regierung muß es als oberste Pflicht betrachten, jeder weiteren Verbilligung des Volkes entgegenzutreten.

Abg. Schöner (Nichtgl.) empfiehlt die Preisabmilderung in Abhängigkeit vom Einkommen für die Viehhändler zu werden. Wenn es sich, wie hier, um ein öffentliches Interesse handelt, dann müssen private Interessen zurücktreten.

Abg. Dr. Gendörff (Nichtgl.): Die Verteilung der Futtermittel geschieht nicht unparteiisch. Der Verteilung darf nur die Viehhändler zugrunde gelegt werden. Unterstaatssekretär Hr. v. Stein befreit, daß bei der Verteilung der Futtermittel unparteiisch verfahren wird. Eine Verteilung nach der Viehhändler ist bei der Verchiedenheit der einzelnen Wirtschaften unmöglich. Die Versorgung der städtischen Volkereien wird, soweit nur irgend möglich, sichergestellt. Abg. W. u. M. (Soz.) erwidert dem Reiter, bei der Einführung von Höchstpreisen für Schweinefleisch gemacht wurde, darin, daß sie zu spät eintraten. Die Agrarier hoffen, daß die Höchstpreise erhöht werden, und halten deshalb mit den Vorräten zurück. Die Regierung muß Schweine beschlagnahmen, damit die Industrie-Arbeiterfleisch mit Schweinefleisch versehen werden kann. Die Monate Januar, Februar und März sind besonders geeignet. Der Fleischübergang muß durch Karte geregelt werden. Die fleischlosen Tage dürfen in ihrer Bedeutung nicht überhöht werden, wenn die Fleischlosen werden davon nicht betroffen. Wie stellt man sich die Kontrolle des Verkaufes ausländischer Schweinefleisch vor? Bei der Wurst sind die Preise zu hoch, diese hohen Preise reichen dazu an, das Fleisch zu Wurst zu verarbeiten. Dem Konsumveränderung kann man nur dadurch begegnen, daß auf der Umhüllung der Inhalt genau angegeben wird. Mit der Futtererzeugung hat die Regierung vorbildlich gehandelt. Der Verkauf steht aber unter strengster Kontrolle. Bei der Wurst hat die Regierung die Wurst von Mätern regelt. In Berlin wird gerade die armer Bevölkerung am schwersten getroffen. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft laßt zu teuer. Einzelgruppen bestehen es immer wieder, ein Enten der Butterpreise zu verhindern. Deshalb müssen wir die Preise für Fleisch fest halten unter strengster Kontrolle. Abg. Roskoff (Bund d. Landw.) erwidert einen Vorwurf darin, daß keine Schweine auf den Markt kommen. Der Mangel an frischem Schweinefleisch ist nur auf die Schwächere zurückzuführen. Wenn heute recht viel Vieh auf die Märkte kommt, so geschieht dies nur aus Angst vor den drohenden Schwärzungen.

Unterstaatssekretär Hr. v. Stein: Das Beispiel von Strohhalm zeigt, was eine Kommune bei gutem Willen leisten kann. Der Erfolg der fleischlosen Tage darf nicht unterschätzt werden. Es ist nicht zu verwirklichen, wenn die fleischlosen Kreise sich nicht für Fleisch interessieren. Die fleischlosen Tage haben die auf diese Maßnahme gestellten Erwartungen nicht erfüllt. Die Bergarbeiter sind gewohnt, viel Fleisch zu essen; die hohen Löhne der Arbeiter haben dazu geführt, daß in vielen Kreisen heute mehr Fleisch gegessen wird, als wie in den Schichten des Mittelstandes.

### Unterstützung der Kriegstrauren.

Staatssekretär Helfferich: Der Weg der Zuschüsse vom Reich ist nicht richtig; auf eine solche Zuschußwirtschaft kann sich das Reich nicht einlassen. Solche Vorhaben liegen in engster Zusammenhang mit den Trägern und in Zusammenhang steht mit der beantragten Erhöhung der Soldatenlöhne. Für letztere liegt kein Bedürfnis vor, höchstens daß die Mannschaften einer besseren Verpflegung bedürfen. Vielleicht kann man den Kriegsministerium eine Anzahl für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Der Reichstag hat am 15. März monatlich ist durchaus genügend. Man darf auch den Kommunen nicht die Pflicht auferlegen, bestimmte Leistungen zu übernehmen. Bei den geforderten Zuschüssen für die Futtermittelversorgung will die Regierung prüfen, was sich machen läßt.

Abg. Götzein stellt fest, daß der Reichsdarlehensrat für die Einkommenssteuer gekürzt hat. Personen unter 2000 M. Einkommen müssen die Lebensmittel billiger bekommen, und dazu müssen die Kommunen Zuschüsse erhalten. Für das ganze Reich ist eine Erhöhung der Familienunterstützung nicht nötig. Nötig ist eine Erhöhung in jenen Gegenden, in denen die Familienunterstützung herabgesetzt worden können habe Quantität nicht ausreichen. Die Erhöhung der Familienunterstützung ist nötig, weil die Mannschaften höhere Preise für ihre Bedürfnisse anlegen müssen.

Abg. Bauer (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge, in denen verlangt wird, daß die Unterstützung der Kriegstrauren monatlich 20 M. und die der Kinder 10 M. betragen soll. Die Familienunterstützung ist notwendig, mindestens 50 Prozent Aufschlag zu zahlen. Der Reiner trägt der Auffassung entgegen, daß ein Bedürfnis zur Erhöhung der Familienunterstützung nicht vorhanden sei. Selbst im Osten, wo neben der Vieh- und der Nutzviehwirtschaft besteht, herrscht unter den Kriegstrauren eine große Not. Besonders schädlich gestaltet sich die Unterstützung für die Arbeiter, die auf dem Lande mittlerer höhere Lebensmittelpreise bezahlen müssen, als wie sie in den Städten gefordert werden. Die Lieferungsverträge haben vielfach sehr niedrig sozial abgemildert. Reiner belegt das mit einer Reihe überaus dringlicher Beispiele. Zum Beispiel fordert er die Einführung einer Familienunterstützung. Unterstaatssekretär v. Stein bemerkt, daß vier Millionen Fälle in Frage kommen mit vielleicht 12 Millionen Personen. Eine allgemeine Erhöhung ist ebenfalls nicht zweckmäßig. Viele Gemeinden sind gar nicht in der Lage, die geforderten Zuschüsse zu zahlen, und das Reich kann ihnen die Zuschüsse nicht leisten. Die Familienunterstützung ist notwendig, mindestens 50 Prozent Aufschlag zu zahlen. Für die Unterstützung der Kriegstrauren wendet das Reich gegenwärtig monatlich 100 Millionen Mark auf, während die Gemeinden 40 Millionen ausgeben müssen.

Abg. Götzein hat vielfach die Unterstützung für unzureichend. Die Gehälter der Offiziere hat man nicht herabgesetzt. Die Gehälter der Offiziere hat man nicht herabgesetzt, und hat der Generalgouverneur von Belgien diese Maßnahme einfach illusorisch gemacht dadurch, daß er die Bezahlung in alter Höhe anordnete.

### Fortsetzung der Sitzung Dienstag.

### Die Anträge zur Lebensmittelversorgung.

Der Antrag der Fortschrittler auf Abschichtung einzellicher Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke und die Einführung von Restkarten zur Regelung der Versorgung der Bevölkerung von Zentren und Suburbanezentren mit Butter und Speisefett, sobald die Versorgung gesichert ist. Der Antrag der Konservativen auf Regelung der Verwendung der unentbehrlichen Lebensmittel dahin, daß für die minderbemittelten Volksteile eine bestimmte Menge, unter Berücksichtigung des Einkommens, festgesetzt wird, die festgesetzt wird, in Verbindung mit dem Gesamtantrag auf Ausgabe von Bezugskarten für alle Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen unter 2000 M. auf Fleisch, Fett oder Gemüse bei den Gemeindeverwaltungen und zu ermäßigten Preisen. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Verteilung eines Einheitspreises für Lebensmittel an die Belegschaften-Gesellschaft und die Abgabe der eingeführten

Lebensmittel durch je nur an Behörden und behördlich bestimmte Verteilungsgesellschaften.

## Aus der Partei.

### Fraktion und neue Kriegskredite.

Berlin, 14. Dezember. Telegramm. Bei der ersten Lesung der Kreditvorlage wird laut Vorwärts die sozialdemokratische Fraktion für die Ablehnung der Vorlage an die Abgeordnetenversammlung für die Kriegskredite stimmen. In der Kreditvorlage selbst wird die Fraktion sich in einer späteren Sitzung Stellung nehmen.

## Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. Dezember 1918.

### Stadtverordnetenversammlung.

Der Eintritt in die Tagesordnung hielt der stellvertretende Vorsitzende eine Gedächtnisrede zum Tage des 100-jährigen Bestehens des 36. Infanterie-Regiments, das seit über 50 Jahren hier in Halle in Garnison liegt. — Eine nochmalige Eingabe des Kaiser B. Anonimos an städtische Unterbürger wurde dem Magistrat als Material übergeben, da ihm eine solche Eingabe zur Berücksichtigung bereits überwiesen ist. — Eine Eingabe, die sich mit der Verteilung der städtischen Straßenbahn nach dem 1. Weltkrieg beschäftigt wurde dem Magistrat als Material übergeben. Die vorgeschlagenen Erfahrungen für einen neuen Kraftwagen sind den unbeschäftigten Stadtrat Klappschiff wurde beantragt, da die Vorbereitung im Ausschuss noch nicht erledigt werden konnten.

### Als erste größere Vorlage stand die

### Veränderung des Theaterpachtvertrages

zur Verhandlung, wobei zu erkennen war, daß das Theater trotz des Krieges recht gut in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Vertrag, den die Stadt Halle mit dem Theaterdirektor Sachsse über die Stadttheaterstadt am 1. Juli 1914 geschlossen hat, ist sehr vor. Daß der Direktor den Theaterangehörigen gewisse Mindestlöhne zu zahlen hat und der Reiner ein, soweit er 15000 Mark im Jahre übersteigt, zwischen der Stadt und dem Reiner geteilt werden soll. Die Fortsetzung des Vertrags des Krieges zu ermöglichen wurde dem Direktor durch Bezug vom 10. Juni 1915 gekündigt, die Mindestlöhne zu ermäßigen mit der Maßgabe, daß ein etwaiger Lebenslohn des Theaterbetriebes bis zu 10000 Mark dem Direktor verbleiben und im übrigen zur Erhaltung der Kriegsgassen der Angehörigen bis zur Höhe ihrer Kriegsgassen beibehalten werden soll. Dieser Vertrag hat Geltung für die Zeit vom 1. September 1915 bis 31. August 1916.

Der Sachse hat in Anbetracht der Kriegsjahre Verträge mit dem Personal nur auf ein Jahr abgeschlossen. Die Verlängerung der Verträge bezog der neue Wunsch von solchen für die am 1. September 1916 beginnende Spielzeit nach der Ende der Kriegsjahre 1916/17. Die Kriegsjahre 1916/17 sind abgeschlossen und sind nicht abzusehen läßt ob er vor dem 1. September 1918 beendet sein wird, hat Herr Sachsse um die Verlängerung des Vertrages vom 10. Juni 1915 um ein Jahr gebittet. Gestern hat er die Bitte geknüpft, im Artikel II die Veränderung zu treffen, daß wenn ein Kriegsjahr in ein weiteres übergeht, die zur Höhe von 15000 Mark (nicht wie zuerst 10000 Mark) ihm verbleibt. — Der Magistrat hat zum beschließen, dem Verlangen des Herrn Sachsse in beiden Richtungen Folge zu geben. Die Erhöhung des möglichen, lebenslangen garantierten Unternehmersgewinns von 10000 auf 15000 Mark übersteigt sich, da der jetzt geltende Vertrag über den Direktor in mehrfachen Hinsichten ungünstiger als sein Personal stellt. Dem Personal ist die Zahlung der Kriegsgassen ohne je die Mindestlöhne auf die Theatererinnahme garantiert. Der Direktor dagegen hat Anspruch auf einen Verdienst für seine Person nur dann, wenn ein Lebenslohn der Betriebsverwalter über die Ausgaben verbleibt. Er kann demnach vollkommen leer ausgehen und muß sogar, falls die Ausgaben über die Einnahmen, das zu den garantierten Personalgehältern bestehende aus eigener Tasche zahlen. Umgekehrt kann es kommen, daß die Theaterangehörigen ihre volle Friedensgehälter beziehen, während der Theaterdirektor nicht den ihm im Hauptvertrag für die Friedensjahre erlaubten Gewinn von 15000 Mark verzeichnen darf, obwohl er das finanzielle Risiko des Unternehmens ganz allein trägt. Demgegenüber ist nach dem Vertragsinhalt der Theaterzeit seit 1. September 1915 auf verhältnismäßig beträchtliche Lebenslohn zu rechnen und die Zahlung der Kriegsgassen zum größten Teile, wenn nicht ganz, zu erwarten ist. Diese tatsächlichen Verhältnisse lassen sonach eben, falls der Antrag genehmigt wird, eine große Ungerechtigkeit entstehen. Es wurde deshalb beschließen, der Verlängerung des mit dem Theaterdirektor Sachsse geschlossenen Vertrages für die Zeit bis zum 31. August 1917 zuzustimmen, und zwar mit der Maßgabe, daß in Artikel II sein zuzuführender Gewinn von 10000 M. geändert wird in 15000 M. und dieser Vertrag soll nicht unwirksam, auch für die nächsten Jahre gelten, falls sich genügend Geld ergibt.

### Eine zweite bedeutsame Vorlage beschäftigte sich mit dem nicht geringen Schwierigkeiten der

### Verzinsung der städtischen Kriegsschulden.

die sich im laufenden Jahre bereits zu einem sehr erheblichen Betrage aufgeschwemmt haben. Der Magistrat hat beschließen, die fest zugesagten Zinsen aufzubringen und weiterhin noch aufzuwenden Zinsen der aus Anlaß des Krieges aufgenommenen Darlehen nicht aus laufenden Mitteln des Haushaltsplans zu betreiben, sondern den Kriegsfonds selbst auf den Zinsen zu legen und demgemäß aus Mitteln der letzten Kriegsjahre zu decken. Demzufolge sind die im Rechnungsjahre 1914 für die genannten Zwecke aufzubringenden Zinsen im Betrage von 90500 Mark unter entsprechender Bezeichnung des Kriegsfonds den Lebenslohn des Jahres 1914 zuzurechnen und die Höhe im Rechnungsjahre 1915 aufzubringen Zinsen von 10000 M. auf den Zinsen zu legen und demgemäß aus Mitteln der letzten Kriegsjahre zu decken. Demzufolge sind die im Rechnungsjahre 1914 für die genannten Zwecke aufzubringenden Zinsen im Betrage von 90500 Mark unter entsprechender Bezeichnung des Kriegsfonds den Lebenslohn des Jahres 1914 zuzurechnen und die Höhe im Rechnungsjahre 1915 aufzubringen Zinsen von 10000 M. auf den Zinsen zu legen und demgemäß aus Mitteln der letzten Kriegsjahre zu decken. Demzufolge sind die im Rechnungsjahre 1914 für die genannten Zwecke aufzubringenden Zinsen im Betrage von 90500 Mark unter entsprechender Bezeichnung des Kriegsfonds den Lebenslohn des Jahres 1914 zuzurechnen und die Höhe im Rechnungsjahre 1915 aufzubringen Zinsen von 10000 M. auf den Zinsen zu legen und demgemäß aus Mitteln der letzten Kriegsjahre zu decken.

### Der große Fortbildungsschulbau.

Der nach der letzten bereits vorläufigen Vorlage zusammen mit dem Bau der Sandes- und Gewerkschule auf dem Hofplatz errichtet werden soll, eine neue Fortbildungsschule hervor. Einigen Stadtverordneten genügt die Unterhaltung für das große Projekt nicht, sie wollen ausführlichere Mitteilungen hören. Stadt. Reuter beantragte sogar die Vertagung der ganzen wichtigen Vorlage. Er blieb aber mit dem Antrag zurück. Die Sache ist nunmehr in der Hand der Stadtverordneten. Die Pläne zu genehmigen, daß durch den Bau sofort nach Friedensschluß für Arbeits-

...Eigenschaften gefolgt sind. Auch die ...

...Vomgemäß gleich darauf nach der ...

...Zur Beschaffung von 1000 ...

...Nach dem Gemeindefeststellung ...

...Die Schienen auf der Berliner ...

...Für die Ecken im Keller des ...

**Zuchtlosigkeit der Jugend.**

...Für die schon schamlossten ...

...In letzter Zeit werden sich die ...

...tassen gegen diese ...

...Wenn nun wirklich diese ...

...Die Bekämpfung des ...

...Die Weisheitslehren ...

...Anwandschuldigungen für ...

...Diese Bestimmungen sind ...

...Kriegsgefahr. Bei der ...

...Weinleid im Verkehr ...

...Stahlwerke. Der gestiefelte ...

...Saubere Kostellung für ...

...Stadtsanierung. Am 10. ...

...Saubere Kostellung für ...

...weise, ausgedehnte und ...

...\* Der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Gefunden. In einem ...

...Da es nicht ausgeschlossen ...

...Mannsbef. Heber ungenügende ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

...\* Diebstahl. In der ...

**Neuzeit Kleiderstoffe**  
Blusen  
Röcke  
Schneider.  
verkauft zu  
sehr billigen  
Preisen.

**Uhren, Gold- und Silberwaren**  
kauft man am besten und billigsten bei  
**Amand Weiss, Halle a.S., Kleinschmied 6,**  
gegenüber Alex. Meißner.  
Eigene Reparatur-Werkstätte.

**Uhren, Gold- und Silberwaren**  
kauft man am besten und billigsten bei  
**Amand Weiss, Halle a.S., Kleinschmied 6,**  
gegenüber Alex. Meißner.  
Eigene Reparatur-Werkstätte.

**Leipzigerstrasse 94.**  
5 Prozent Rabatt in Marken.





